



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressemitteilung

Dr. Pantazis zur Abschaffung der telefonischen Krankschreibung

„Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse gibt es keine belastbaren wissenschaftlichen Belege dafür, dass die telefonische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ursächlich für den Anstieg der Krankenstände ist“

Berlin, 03.07.2026

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

„Tiefgreifende Änderungen bei den Regelungen zur Arbeitsunfähigkeit müssen auf einer belastbaren wissenschaftlichen und empirischen Grundlage beruhen. Deshalb werden wir im parlamentarischen Verfahren sorgfältig prüfen, auf welche Evidenz sich die vorgesehenen Maßnahmen stützen und ob sie geeignet sind, die angestrebten Ziele tatsächlich zu erreichen.“

Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse gibt es keine belastbaren wissenschaftlichen Belege dafür, dass die telefonische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ursächlich für den Anstieg der Krankenstände ist. Krankenkassen weisen vielmehr darauf hin, dass die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) zu einer deutlich vollständigeren Erfassung von Arbeitsunfähigkeiten geführt hat und ein Teil des beobachteten Anstiegs hierauf zurückzuführen ist.

Die nun vorgesehenen Verschärfungen – sowohl die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung als auch die verpflichtende Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Krankheitstag – gehen maßgeblich auf Forderungen der Union zurück. Die hierfür vorgebrachte Begründung überzeugt mich auf Grundlage der derzeit verfügbaren Daten nicht. Zugleich gehört es zu einer Koalition, tragfähige Kompromisse zu finden. Dass ein Gesamtpaket auch Regelungen enthält, die nicht die eigene politische Handschrift tragen, ist Teil parlamentarischer Verantwortung.

Ebenso sorgfältig müssen die praktischen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung bewertet werden. Eine verpflichtende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Krankheitstag darf nicht dazu führen, dass Arztpraxen zusätzlich belastet, Patientinnen und Patienten wegen leichter, selbstlimitierender Erkrankungen unnötig in die Praxen gelenkt oder vermeidbare Bürokratie geschaffen wird. Das würde weder die Versorgung verbessern noch zur Entlastung unseres Gesundheitswesens beitragen.



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Für mich bleibt deshalb entscheidend: Gute Gesundheitspolitik orientiert sich an wissenschaftlicher Evidenz und am tatsächlichen Nutzen für Patientinnen und Patienten, Beschäftigte sowie das Gesundheitssystem, nicht an Symbolpolitik. Genau an diesem Maßstab werden wir die vorgeschlagenen Regelungen im parlamentarischen Verfahren messen.

Insgesamt bewerte ich die Ergebnisse des Koalitionsausschusses als wichtigen Schritt zur Stabilisierung und Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens. Gleichwohl werden wir einzelne Regelungen im weiteren parlamentarischen Verfahren kritisch prüfen und dort, wo es erforderlich ist, fachlich fundierte Verbesserungen einfordern.“